



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 057-2021
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.82

Eingereicht am: 18.03.2021

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Grüne (von Wattenwyl, Tramelan) (Sprecher/in)
Imboden (Bern, Grüne)
Vanoni (Zollikofen, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Impulsprogramm zur Stärkung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Resilienz

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Impulsprogramm für folgende Bereiche zu entwickeln:

1. erneuerbare Energien
2. Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt
3. nachhaltige Umgestaltung der Wirtschaft

Begründung:

Zusätzlich zum aktuellen Umgang mit der Pandemie müssen jetzt die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Die Corona-Pandemie hat unverblümt gezeigt, wie verwundbar unsere Wirtschaft ist. Wir müssen den sozialen und ökologischen Umbau vorantreiben. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Ungleichheit und der ungelösten Klimakrise muss der Kanton Bern nachhaltiger und sozialer aus dieser Pandemie hervorgehen. Viele Staaten (z. B. Deutschland) haben ehrgeizige Konjunkturprogramme verabschiedet, die dem ökologischen Umbau Rechnung tragen. Diese Programme wirken sich auf die Beschäftigung aus und beschleunigen den Wandel zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft, die die Grenzen der Möglichkeiten unseres Planeten respektiert. Die bisherigen Massnahmen des Bundes und des Kantons Bern konzentrierten sich weitgehend auf die Erhaltung von Strukturen oder auf die Abfederung von Einsparungen.

Wir müssen im Interesse der heutigen Generation handeln, nicht nur in jenem künftiger Generationen. Wir müssen zeigen, dass die Veränderungen, die wir zum Wohle zukünftiger Generationen brauchen, bereits heute positive Auswirkungen auf Wirtschaft, Industrie und Politik haben können.

Sprechen wir über kosteneffiziente Investitionen und nicht über hohe Kosten. Umweltschutz sollte nicht als teuer angesehen werden. Aufgrund des Bedarfs an umweltfreundlicheren Produkten und Prozessen eröffnet die Bekämpfung des Klimawandels neue Industriemärkte, was zu wirtschaftlichem Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Gewinn führt.

Für die Finanzierung des Impulsprogramms gibt es verschiedene Ansätze. Der Regierungsrat hat insbesondere zu prüfen, inwieweit die Reserven der Nationalbank mittelfristig für nachhaltige Investitionen der Kantone eingesetzt werden können.

Der Regierungsrat wird daher beauftragt, ein ambitioniertes Impulsprogramm in den Bereichen Energie und Biodiversität in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Unternehmen, Universitäten und Hochschulen zu initiieren:

Es braucht eine zügige Umsetzung der nationalen Energiestrategie 2050 und eine Aktualisierung der kantonalen Energiestrategie 2006. Um eine unmittelbare Wirkung zu erzielen, stehen Massnahmen im Bereich der Gebäudesanierung im Vordergrund, u. a. über Förderbeiträge für das Bauprogramm, die Entwicklung von Plusenergie-Regionen, den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Solarenergie, oder Lösungen rund um die Speicherung und die Verbesserung der Energieeffizienz.

Es braucht eine schnelle Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und den Respekt vor dem Leben. Um eine unmittelbare Wirkung zu erzielen, liegt der Schwerpunkt auf unmittelbar umsetzbaren Sofortmassnahmen, die im Rahmen des Strategieplans für biologische Vielfalt entwickelt wurden, insbesondere durch die Nutzung der Synergien zwischen Landwirtschaft und Wäldern, natürlichen und städtischen Lebensräumen und dem Strassennetz. Die Förderung eines starken Schutzes empfindlicher Ökosysteme (Sümpfe, Torfmoore, Auen, Trockenwiesen), seltener Arten und der Nutzung und Verwertung von Holz aus unseren Wäldern sind Ansätze, die verfolgt werden sollten. Der Fokus dieses Programms liegt auf der mittel- und langfristigen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Kanton Bern. Der Schwerpunkt muss auf Massnahmen liegen, die nachhaltige Antworten auf strukturelle Veränderungen geben und den digitalen Wandel, der bestimmte Arbeitsplätze schwächt, unterstützen.

Verteiler

– Grosser Rat